

## PERSPEKTIVEN EINER GEMEINSAMEN STABILITÄTSKULTUR IN EUROPA

EXPERTENTAGUNG DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG AM 27. FEBRUAR 2012 IN BERLIN

**Auf einer eintägigen Fachkonferenz diskutierten Experten aus acht Mitgliedstaaten der Europäischen Union die Perspektiven einer gemeinsamen Stabilitätskultur in Europa. Der Chefvolkswirt der EZB Peter Praet hielt auf dieser Konferenz fest: *“The contours of a shared European culture of stability are gradually emerging. It is a culture of respect of rules and institutions and transparency. This will support the economic growth that is indispensable to heal the legacy of the crisis.”***

Nach Auffassung der Konrad-Adenauer-Stiftung ist der Erfahrungsaustausch in Europa über gemeinsame Regeln und Institutionen notwendig, um den europäischen Wirtschafts- und Währungsverbund zu stärken. Peter Praet wies in seiner Rede darauf hin, dass *„substantial risks to fiscal and financial stability can build up if structural reforms, liberalisation and fiscal consolidation are postponed for too long, i.e. in the absence of an effective Ordnungspolitik“*. Insofern sind wettbewerbsfähige Mitgliedstaaten und solide Staatsfinanzen wichtige Pfeiler einer gemeinsamen Stabilitätskultur. Beide Themen standen im Zentrum der Fachkonferenz, die auch im Internet aufbereitet ist:

[www.kas.de/eurostabilisierung](http://www.kas.de/eurostabilisierung)

### 1. EINFÜHRUNG

Die sogenannte Eurokrise hat vor Augen geführt, dass die wirtschaftliche Entwicklung in den einzelnen Eurostaaten zunehmend voneinander abhängig ist und stärker als bisher darauf zu achten ist, dass sich die Volkswirtschaften vergleichbar entwickeln. Durch den fortschreitenden europäischen Integrationsprozess wurden die europäischen Volkswirtschaften, d.h. ihre Güter- und Finanzmärkte, enger miteinander verflochten. Nationale wirtschaftspolitische Entscheidungen (sowie Unterlassungen) beeinflussen dadurch heute nicht mehr ausschließlich die Entwicklung der eigenen Volkswirtschaft, sondern können starke Auswirkungen



und Rückkopplungen auf die Entwicklung und Situation in allen Eurostaaten haben. Die Eurostaaten teilen heute mehr denn je ein gemeinsames Schicksal – im Guten wie im Schlechten. Sie profitieren einerseits alle von der wirtschaftlichen Stärke eines einzelnen Landes, sind aber andererseits auch alle von den Schwächen eines einzigen Staates betroffen. Aus diesem Grund ist es geboten, sich intensiver über die volkswirtschaftliche Entwicklung der einzelnen Mitgliedstaaten auszutauschen. Das fördert das gegenseitige Verständnis für die jeweilige Entwicklung und eröffnet eine gemeinsame europäische Perspektive, um die Mitgliedstaaten wettbewerbsfähig und die gemeinsame Währung stabil zu halten.

### 2. HINTERGRUND

Ein wesentliches Ziel der europäischen Integrationsbemühungen war es, den Angleichungsprozess der Lebens- und Einkommensverhältnisse zwischen den Mitgliedstaaten zu beschleunigen und die Potenziale eines gemeinsamen Wirtschaftsraums zu heben.

„Gerade die ‚ökonomischen Schwergewichte‘ in Europa (Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien) tragen eine große Verantwortung bei der Einhaltung gemeinschaftlicher Absprachen – letztlich auch als Vorbilder für alle anderen Mitgliedstaaten“.

Dr. Hans-Gert Pöttering, Handelsblatt, 07.02.2012

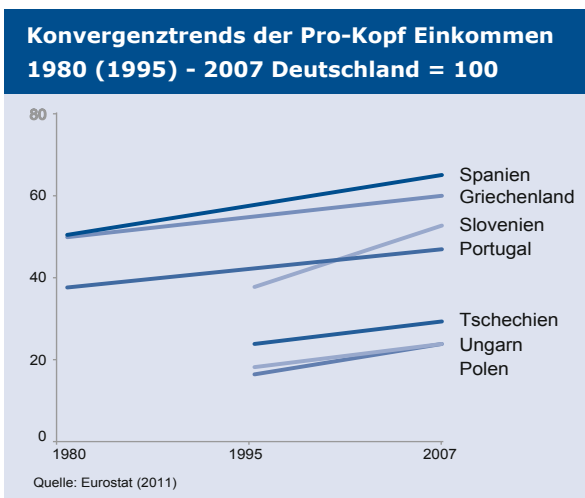


Abbildung 1

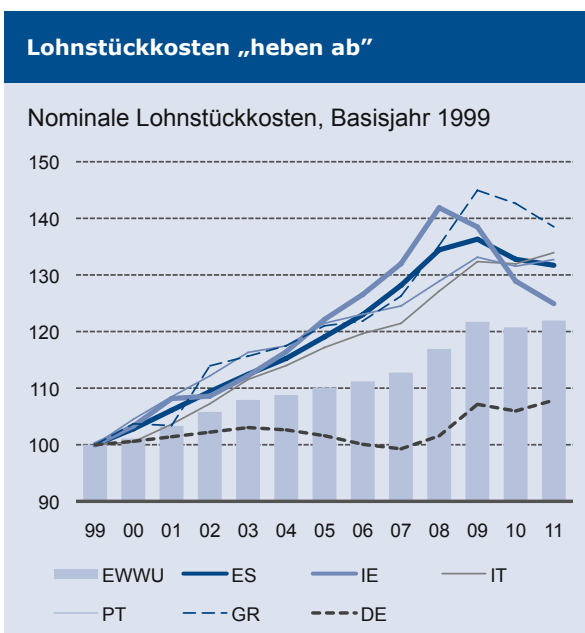


Abbildung 2

Dabei spielte die Einführung der europäischen Währung im Jahr 1999 eine entscheidende Rolle, denn sie sollte den Mitgliedern der Eurozone die Übertragung der Vorzüge eines freien Kapitalverkehrs auf die realwirtschaftliche Entwicklung und die Verbesserung der Lebensverhältnisse ermöglichen. Der Konvergenzprozess innerhalb Europas verlief – trotz Euro – langsam (Abb. 1).

Schon vor der Euro-Einführung war absehbar, dass die teilnehmenden Länder aufgrund ihrer wirtschaftlichen Voraussetzungen keinen einheitlichen Währungsraum bilden würden. Eine mögliche Lösung dieser für die Stabilität der Gemeinschaftswährung problematischen Situation hätte in einer gemeinsamen Wirtschaftsunion mit einer einheitlichen Fiskal-, Steuer- und auch Sozialpolitik gelegen. Aus verschiedenen – nicht zuletzt politischen – Gründen wurde dieser Gedanke verworfen. Mit der Begründung der Eurozone wurde die Wirtschaftsunion nicht mehr als Voraussetzung der Währungsunion, sondern als ihr Ziel angesehen. Die Währungsunion sollte die zunehmende Wirtschaftsintegration von geldpolitischer Seite fördern und die Wirtschaftsunion die Währung gewissermaßen „krönen“, ohne dass ein bestimmter Zeitraum dafür ins Auge gefasst wurde.

Da diese „offene Flanke“ der Währungsunion den Beteiligten klar war, wurden im Vertrag von Maastricht, (1993) gewissermaßen ersatzweise für die ausbleibende gemeinsame Wirtschaftsunion, bestimmte Kriterien festgelegt, an die sich jeder Mitgliedstaat halten sollte. Diese Kriterien (Preisniveaustabilität, Haushaltsstabilität, Wechselkursstabilität, stabile langfristige Zinssätze der Staatsanleihen) dienten zunächst als Voraussetzung für die Teilnahme an der Währungsunion (Konvergenzkriterien). Nach Einführung des Euros dienten sie dann auch als Grundlage des Stabilitäts- und Wachstumspaktes (1997, Defizitquote unter 3 Prozent und Schuldenstandsquote un-

in the public sector as much as in the private sector

Government Effectiveness vs. Tax Revenue (% of GDP)



Stefaan de Corte (Center for European Studies, Brüssel)

ter 60 Prozent des BIP), um die laufende wirtschaftliche Entwicklung der Mitgliedstaaten anhand ihrer Einhaltung zu überwachen. Ergänzt wurde die Stabilitätsarchitektur der Eurozone durch das Prinzip des „No-bail-out“. Kein Land sollte bei der Bedienung seiner Schulden auf andere zählen dürfen. Ebenso galt das Verbot der Staatsfinanzierung durch die Europäische Zentralbank.

Als Griechenland im Frühjahr 2010 nicht mehr in der Lage war Kredite am Kapitalmarkt aufzunehmen und bestehende Schulden zu refinanzieren, wurde einerseits deutlich, dass sich in den Euroländern trotz konvergierender Pro-Kopf-Einkommen, bezogen auf Wettbewerbsfähigkeit, Kapital- und Handelsbilanz, zu starke Divergenzen ergeben hatten (exemplarisch ist die Entwicklung der Lohnstückkosten, Abb. 2). Zudem traten die Mängel in der Architektur der Währungsunion deutlich zutage. Zum einen konnte der offenkundige Anstieg der Staatsschulden in vielen europäischen Ländern trotz der bestehenden Regeln (Stabilitäts- und Wachstumspakt) nicht gebremst werden. Zum anderen gab es keine Instrumente im Umgang mit potentiell zahlungsunfähigen Eurostaaten.

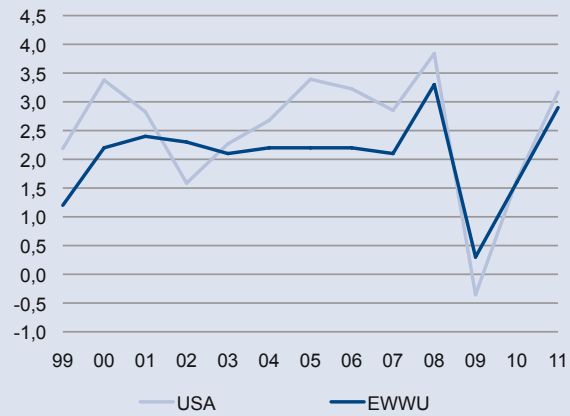
### 3. ANALYSE

Zunächst bleibt festzuhalten: Der Euro ist eine stabile Währung, wenn man die Entwicklung seines Binnenwertes (niedrige Inflation) und seines Außenwertes (Wechselkurs) seit seiner Einführung betrachtet (siehe Abb. 3 und 4).

Gleichwohl ist festzustellen, dass dem Regelwerk der Eurozone vor der Finanz- und Wirtschaftskrise (2007-2009) nicht hinreichend Beachtung geschenkt wurde. Erst die sich 2010 anschließende Staatsschuldenkrise hat deutlich gemacht, dass das bisherige Regelwerk nicht ausreichend auf die unterschiedlichen Gegebenheiten und die zunehmende Vernetzung der europäi-

### Inflationsrate

in % gegenüber Vorjahr



Quelle: Eurostat

Abbildung 3

### Wechselkurs EUR/USD

EZB-Referenzkurse, Monatsdurchschnitte



Quelle: Europäische Zentralbank

Abbildung 4

„Es ist (...) ein Missverständnis in der deutschen Debatte, dass man glaubt, der Erfolg der europäischen Integration bedürfe keinerlei Solidarität.“

Steffen Kampeter, Fachkonferenz „Stabilitätskultur“, Konrad-Adenauer-Stiftung, 27.02.2012

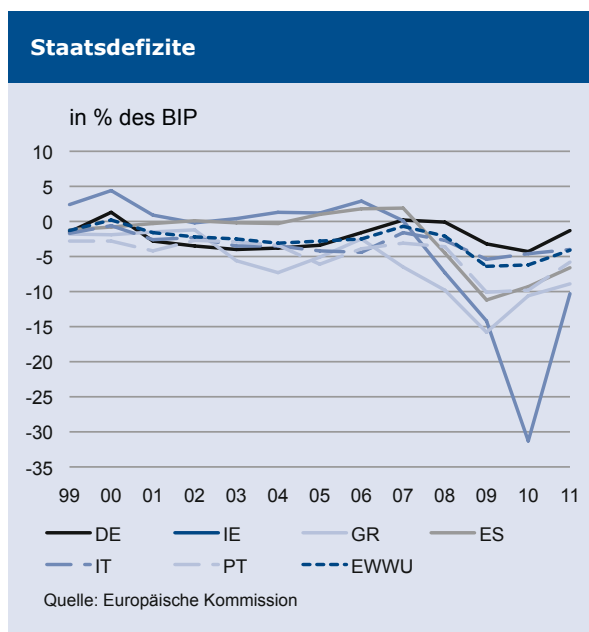


Abbildung 5

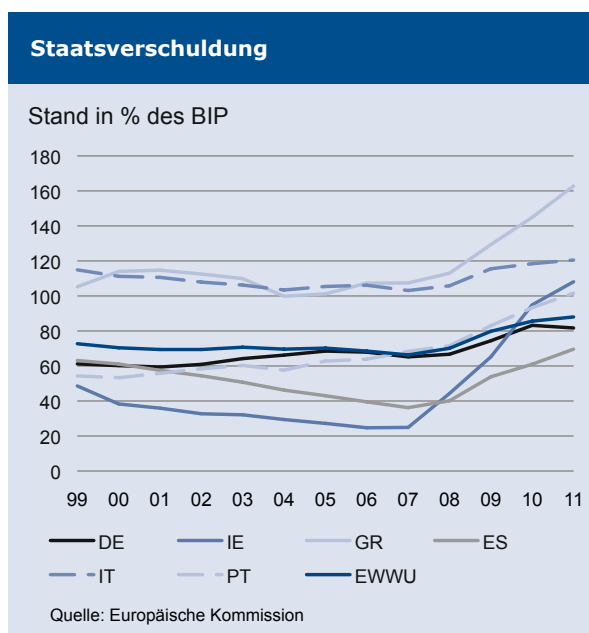


Abbildung 6

schon Volkswirtschaften Rücksicht genommen hat. Die Turbulenzen in den Staatshaushalten Griechenlands, Irlands oder Portugals hatte niemand so für möglich gehalten. Ebenso war man nicht darauf vorbereitet, dass diese „Quasi-Staatsbankrotte“ über den Euro-Verbund unmittelbare Folgen für die wirtschaftliche Situation anderer, auch solide haushaltender Länder, haben würden. Verstärkt wurden die gegenseitigen Abhängigkeiten durch den stark vernetzten Bankensektor mit seinen eigenen „Ansteckungsgefahren“ und dem grenzüberschreitend integrierten globalen Kapitalmarkt. Hinzu kamen hausgemachte Probleme: Zum einen hat als Konsequenz der ersten Krisenjahre die Staatsverschuldung in nahezu allen entwickelten Ländern enorme Größenordnungen angenommen, zum anderen haben einige europäische Volkswirtschaften sukzessive an Wettbewerbsfähigkeit verloren.

Vereinfacht gesagt wurden die zwischenstaatlich vereinbarten Spielregeln von vielen Staaten nicht eingehalten. Darüber hinaus hielten Finanzmarktakteure Staatsanleihen für scheinbar vollkommen sichere Anlagen und verlangten entsprechend geringe Zinsen. Die Möglichkeit eines Staatsbankrotts wurde überhaupt nicht in Erwägung gezogen. Insofern steckt die Eurozone seit Mai 2010 und dem Ausbruch der Griechenlandkrise in einer Situation, die Marktakteure wie Politiker lange für undenkbar hielten.

#### 4. AUF DEM WEG ZU EINER NEUEN STABILITÄTSKULTUR

Seit 2010 konzentrieren sich die europäischen Staats- und Regierungschefs darauf, die Fehler der Vergangenheit zu beheben. Kurzfristig sah man sich dabei genötigt, unkonventionelle Maßnahmen zu ergreifen. Dazu gehörte die Auflage von Rettungspaketen für Griechenland und die Etablierung eines provisorischen Rettungsschirms (EFSF), der krisengeschüttelte Eurostaaten im Notfall unterstützt. Beide Maßnahmen



## Gesamtstrategie zur Stabilisierung der Europäischen Währungsunion



Quelle: Bundesministerium der Finanzen

Abbildung 7

haben Zeit verschafft, um langfristig die „Schuldenberge“ (siehe Abb. 5 und 6) in Europa durch Struktur-reformen in den Griff zu bekommen und um die Regeln der EU verbindlicher zu gestalten.

Seither hat sich einiges bewegt, auch wenn die „Reparaturarbeiten“ nur langsam vorankommen (siehe Abb. 7). Die Verschärfung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes mit quasi-automatischen Sanktionen, eine präventive europäische Beaufsichtigung der Fiskalpolitik („Europäisches Semester“), die Einführung nationaler Schuldenbremsen (Fiskalpakt), die bessere Unterrichtung über nationale Wirtschaftspolitiken („Euro-Plus-Pakt“) und die Etablierung eines Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) sind wichtige Etappenziele (siehe Abb. 7). Dazu führte Peter Praet in seiner Rede zusammenfassend aus: *„There are changes in governance, tighter rules, some new institutions have been created to complete the architecture of EMU, and some of the older institutions have*



„Es ist unsere Aufgabe, eine neue Stabilitätskultur in Europa zu verankern.“

Angela Merkel, 23. CDU-Parteitag Karlsruhe, 15.11.2010

„Ein wesentlicher Punkt ist eine übermäßige Staatsverschuldung, ein zweiter die unterschiedliche Wettbewerbsfähigkeit der Euro-Mitgliedstaaten. Beide Probleme hängen eng zusammen, beide müssen daher zusammen gedacht und angegangen werden.“

Angela Merkel, Festveranstaltung für Elmar Brok, Konrad-Adenauer-Stiftung, 23.01.2012



**DEUTSCHLAND.** Jürgen Matthes, Senior Economist, Institut der deutschen Wirtschaft, Köln

(alle Angaben in %)	2008	2010	2012p
▪ BIP-Wachstum	0,8	3,6	0,6
▪ Budgetdefizit	-0,1	-4,3	-0,8
▪ Staatsschulden/BIP	66,7	83,2	78,9
▪ Arbeitslosenquote	7,6	7,1	5,6
▪ Leistungsbilanz	6,2	6,1	5,2

Die deutsche Erfolgsgeschichte basiert auf einem integrierten Reformansatz, der den Arbeitsmarkt, die Sozialversicherungssysteme sowie die Steuer-, Innovations- und Bildungspolitik umfasste. Zudem wurde durch die Einführung der Schuldenbremse das Fundament für eine nachhaltige Haushaltspolitik gelegt und der Wandel wurde durch Geduld und gesellschaftlichen Zusammenhalt begünstigt. In diesem Sinne könne der Europäische Rettungsfonds (EFSF/ESM) Defizitländern Zeit verschaffen, um notwendige Reformprozesse einzuleiten.

tighter mandates and instruments. There is now realism and acceptance of the need for such changes as never before.“

Allerdings lehrt die Vergangenheit, dass politische Übereinkünfte in Europa nur Bestand haben, wenn sie auf gemeinsamen Überzeugungen und Werten basieren. Daher lohnt die Frage, ob die Etablierung einer europäischen Stabilitätskultur, die über die Festlegung neuer Instrumente und Mechanismen hinausgeht, möglich ist oder ob sich die Mentalitäten und (Wirtschafts-) Traditionen europäischer Länder zu sehr unterscheiden. Die Fachkonferenz widmete sich dieser zentralen Frage und nahm auch die diesbezügliche Haltung der Bevölkerungen in den Blick.

## 5. AUFBAU EINER EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND FINANZVERFASSUNG IM SINNE EINER STABILITÄTSUNION

Die Teilnehmer der Konferenz waren sich einig darüber, dass eine Stabilisierung der Eurozone nur gelingen kann, wenn Staatsschulden europaweit zurückgeführt und wettbewerbsfähige Strukturen in den einzelnen Volkswirtschaften aufgebaut werden. Daher wurden unterschiedliche Ansätze und Länderstrategien für eine fiskalische Konsolidierung der Staatshaushalte genauso erörtert, wie strukturelle Reformschritte, die zu einer Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit führen könnten.

Neben Gründungsstaaten der Europäischen Union wie Frankreich, den Niederlanden und Deutschland oder etwas „älteren“ Mitgliedstaaten wie Finnland wurde mit Estland ein „junger“ Mitgliedstaat, der den Euro 2011 eingeführt hat, in die Betrachtung einbezogen.

Ebenso richtete sich der Blick auf zwei osteuropäische Mitgliedstaaten, Polen und Lettland, die den Euro bisher nicht eingeführt haben, diesem aber nach wie vor positiv gegenüberstehen.



**NIEDERLANDE.** Prof. Dr. Raymond Gradus, Wiss. Beratungsinstitut der niederländischen Partei Christen Democratisch Appèl

(alle Angaben in %)	2008	2010	2012p
▪ BIP-Wachstum	1,8	1,6	-0,5
▪ Budgetdefizit	0,4	-5,1	-4,5
▪ Staatsschulden / BIP	58,5	62,9	70,1
▪ Arbeitslosenquote	3,1	4,5	5,5
▪ Leistungsbilanz	4,3	6,6	8,2

Herr Gradus bekräftigte, dass Konsolidierungsmaßnahmen und strukturelle Reformen – wie auch Gesundheitsreformen – im Mittelpunkt der Krisenbekämpfung in den Niederlanden stehen. Einige Schritte seien getan, beispielsweise ein Sparpaket von 18 Mrd. €. Längerfristige Risiken sieht er in der demographischen Entwicklung und damit einhergehenden Kostensteigerungen im Renten- und Gesundheitssystem. Alle Maßnahmen müssten zudem von Finanzmarktregulierungen begleitet werden.

*Peter Praet (links)  
(Chefvolkswirt der  
Europäischen  
Zentralbank, Frankfurt)*

*Steffen Kampeter  
(Parl. Staatssekretär im  
Bundesministerium der  
Finanzen, Berlin)*



Sowohl das Podium zur Wettbewerbsfähigkeit wie auch zur Haushaltskonsolidierung eröffnete bei allen bestehenden Unterschieden einige länderübergreifende Gemeinsamkeiten:

- **Ohne wettbewerbsfähige Unternehmen keine Steuereinnahmen.** Der Staat befördert private Initiative und die Übernahme von Verantwortung durch gute Rahmenbedingungen und eine kluge Regulierung. Staatliche Strukturen bedürfen einer permanenten Anpassung, um die Solidität der Staatsfinanzen sicherzustellen.
- **Gesellschaftliche Beharrungskräfte sollten nicht unterschätzt werden.** Einmal gewährte Privilegien oder Schutzmaßnahmen des Staates sind schwer aufzuheben. Erfahrungsgemäß beschleunigen ökonomische Probleme (externe Schocks) die Einsicht der Bevölkerung und schaffen ein Handlungsfenster für tiefgreifenden Wandel.
- **Die Verbesserung der volkswirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit lässt sich auf verschiedene länderspezifische Faktoren zurückführen:** Angebotsseitige Reformen (Deutschland), mikroökonomische Disziplin (Polen), Lohnzurückhaltung (Niederlande), aber auch schmerzhaftes Kürzungsprogramme im öffentlichen Dienst oder den Sozialsystemen (Lettland, Finnland) erwiesen sich als erfolgreich.
- **Alle Reformbemühungen benötigen Zeit und sind mit politischen Risiken verknüpft.** Ein langfristiger Zeithorizont muss zugrunde gelegt werden, um relative Wettbewerbspositionen zu verbessern. Starke ideologische Differenzen innerhalb des Parteienspektrums haben Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung. Anpassungsmaßnahmen in den „jungen“ EU-Mitgliedstaaten führten tendenziell schneller zu einer wirtschaftlichen Erholung.

**FRANKREICH.** *Dr. Rémy Lallement,  
Abteilung für Wirtschaft und Finanzen,  
Centre d'Analyse Stratégique, Paris*



(alle Angaben in %)	2008	2010	2012p
▪ BIP-Wachstum	-0,2	1,4	0,5
▪ Budgetdefizit	-3,3	-7,1	-4,6
▪ Staatsschulden / BIP	68,3	82,4	89,0
▪ Arbeitslosenquote	7,8	9,8	9,9
▪ Leistungsbilanz	-1,7	-1,7	-1,9

*Frankreichs Haushaltskonsolidierung soll mithilfe eines Sparpakets verfolgt werden, dessen Maßnahmen bis zum Jahr 2016 Einsparungen von 115 Mrd. € erzielen sollen. Dies muss insbesondere durch Ausgabenkürzungen im Sozialsystem erreicht werden. Herr Lallement verwies darauf, dass neben Sparmaßnahmen die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit von Defizitländern, die Beseitigung von makroökonomischen Ungleichgewichten und eine tiefere europäische Integration entscheidend seien.*

**FINNLAND.** *Mikko Spolander,  
Finanzministerium, Finnland*



(alle Angaben in %)	2008	2010	2012p
▪ BIP-Wachstum	0,3	3,7	0,6
▪ Budgetdefizit	4,2	-2,8	-1,4
▪ Staatsschulden / BIP	33,9	48,4	51,6
▪ Arbeitslosenquote	6,4	8,4	7,7
▪ Leistungsbilanz	2,6	1,4	-1,0

*Herr Spolander bezeichnete strukturelle Defizite und die Bevölkerungsalterung als die größten Herausforderungen Finnlands – ähnlich der Analyse aus anderen Ländern. Unabdingbar seien neben Sparmaßnahmen Reformen des Arbeitsmarkts, der Gütermärkte und der Sozialversicherungssysteme, um die Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung zu stärken. Er unterstrich den Stellenwert einer glaubwürdigen Verpflichtung der Politik zur Konsolidierung, wozu auch Ausgabenobergrenzen ein probates Mittel seien.*





**LETLAND.** Dr. Olegs Tkacevs, Chefvolkswirt der Bank of Latvia, lettische Zentralbank

(alle Angaben in %)	2008	2010	2012p
▪ BIP-Wachstum	-3,3	-0,3	2,0
▪ Budgetdefizit	-7,5	-7,2	-1,2
▪ Staatsschulden / BIP	17,2	39,9	39,1
▪ Arbeitslosenquote	7,8	19,0	15,5
▪ Leistungsbilanz	-13,2	3,0	-1,9

Lettland hat als Antwort auf die Krise neben Sparmaßnahmen auf strukturelle Reformen in der öffentlichen Verwaltung, im Gesundheitssektor und in der Steuerpolitik gesetzt. Zudem seien weitere Bildungsreformen und eine Erhöhung des Renteneintrittsalters geplant. Im Juli 2012 soll ein Gesetz verabschiedet werden, das die Regierung zur Haushaltsdisziplin verpflichtet. Laut Herrn Tkacevs ist Lettland dank dieser Maßnahmen auf dem Weg, die Maastricht-Kriterien einzuhalten und 2014 dem Euro-Währungsraum beizutreten.



**ESTLAND.** Ott Pärna, Estonian Development Fund

(alle Angaben in %)	2008	2010	2012p
▪ BIP-Wachstum	-3,7	2,3	2,0
▪ Budgetdefizit	-2,3	0,4	-2,1
▪ Staatsschulden / BIP	4,5	6,7	5,7
▪ Arbeitslosenquote	5,5	17,3	11,3
▪ Leistungsbilanz	-9,7	3,6	0,9

Die zentrale Botschaft vom Herrn Pärna war, dass Innovation der Schlüssel für die Erhaltung unternehmerischer Wettbewerbsfähigkeit in der globalisierten Welt sei – dies gelte insbesondere für Europa. Sparmaßnahmen und Arbeitsmarktreformen dürften nicht darüber hinwegtäuschen, dass Bildungs-, Innovations- und die richtige Industriepolitik weiterhin zentrale Stellschrauben für die Entwicklung der europäischen Wirtschaft seien.

v.l.n.r., Matthias Schäfer, Leiter des Teams Wirtschaftspolitik der KAS, Berlin, Peter Praet, Kristin Breuer, Leiterin des Wirtschaftsressorts der BILD Zeitung, Berlin, Stefan Collignon, Chefvolkswirt des Centro Europa Ricerche, Rom

▪ **Die Wiederherstellung nachhaltiger Staatsfinanzen kann nur durch eine kluge Mischung verschiedener Maßnahmen erreicht werden.**

Zum einen muss es gelingen, wachstumsfördernde Strukturenreformen anzugehen, um die Einnahmenseite des Staates zu verbessern, gleichzeitig sind Ausgabenkürzungen meistens unumgänglich.

▪ **Für die meisten Länder, mit Ausnahme Frankreichs, spielt die demografische Entwicklung der Bevölkerung eine Schlüsselrolle für die künftige Beibehaltung stabiler Staatsfinanzen.**

Hier sind einige Staaten deutlich besser vorbereitet als andere, weil sie die Verlängerung der Lebensarbeitszeit und Änderungen im Sozialversicherungssystem angegangen haben.

Die öffentliche Diskussionsveranstaltung mit dem neuen Chefvolkswirt der Europäischen Zentralbank, Dr. Peter Praet, dem Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen Steffen Kampeter, dem Journalisten Stéphane Marchand aus Paris und dem Hochschullehrer Stefan Collignon aus Pisa offenbarte bei vielen Gemeinsamkeiten auch interessante Unterschiede.

Während Peter Praet – der Traditionslinie deutscher Ordnungspolitik folgend – in stabilem Geld, nachhaltigen Finanzen (des Staates wie des Privatsektors) und einer wettbewerbsfähigen Wirtschaft die wesentlichen Pfeiler einer Stabilitätskultur erkannte, so machte sein etymologischer Ausflug zur Bedeutung des Begriffs der Schulden unterschiedliche Kulturen deutlich.

So wird im deutschen Sprachraum ein gemeinsamer Schuldbegriff für Verschuldung wie persönliches Versäumnis verwendet, dagegen wird sowohl im angelsächsischen (debt/guilt) wie im frankophonen (dette/





couabilité) Sprachraum zwischen Schuldner und Schuldigem (i.S.v. Täter) unterschieden. Ohne diesen Hinweis überbewerten zu wollen, so legt er doch eine unterschiedliche Haltung zur Stabilität nahe.

Stéphane Marchand sprach, provokativ und nicht unwidersprochen, der französischen Bevölkerung eine Stabilitätskultur ab und verwies u.a. auf die Ankündigung des sozialistischen Präsidentschaftskandidaten, den Fiskalpakt neu verhandeln zu wollen. Stefan Collignon forderte vor allem, dass die prinzipiell richtigen Schritte, die die Staats- und Regierungschefs zur Stabilisierung der Eurozone eingeleitet hätten, künftig um mehr demokratische Legitimation durch eine direkte Beteiligung der Bürger in Europa ergänzt werden müssten. Steffen Kampeter erinnerte an die europäische Idee als Bezugspunkt von Stabilitätskultur und sah sowohl in den auf europäischer Ebene verabschiedeten Regelungen zur Stabilisierung der Eurozone (namentlich des Fiskalpakts und des Rettungsschirms ESM) wichtige Pfeiler einer gemeinsamen Stabilitätskultur. Auch wäre die Tatsache, dass in den jeweiligen nationalen Öffentlichkeiten nun viel deutlicher wahrgenommen werde, was sich in anderen Mitgliedstaaten politisch abspiele, ein Beitrag zu mehr gemeinsamem Europa. *„Es geht im Kern darum, dass mit einer gemeinsamen Währung auch ein notwendiges Maß an wirtschaftspolitischer Koordination unverzichtbar ist“*, so Kampeter.

## 6. SCHLUSSBETRACHTUNG

Die Konrad-Adenauer-Stiftung wird die langfristigen Ergebnisse der Tagung in einer Sammelpublikation, die die Perspektiven aus den betrachteten Ländern ausführlich darstellt, zusammenstellen. Die Ergebnisse werden für die politische Beratungsarbeit im Inland wie in unseren Auslandsbüros eingesetzt. Wenn man

**POLEN.** Dr. Bohdan Wyznikiewicz,  
Danziger Institut für Marktwirtschaftsforschung



(alle Angaben in %)	2008	2010	2012p
▪ BIP-Wachstum	5,1	3,9	2,6
▪ Budgetdefizit	-3,7	-7,8	-3,2
▪ Staatsschulden / BIP	47,1	54,9	55,7
▪ Arbeitslosenquote	7,1	9,6	9,4
▪ Leistungsbilanz	-6,6	-4,7	-4,5

Herr Wyznikiewicz merkte an, dass die Reformbereitschaft in seinem Land stark von „Deadlines“ abhängt (Beitritt zur Währungsunion, IWF-Kreditauszahlung). Ein konkretes Euro-Beitrittsdatum könnte den Reformdruck noch erhöhen. Besonders profitiere die polnische Wirtschaft von niedrigen Lohnstückkosten. Zudem habe Polen seit 1995 eine Schuldenobergrenze von 60% des BIP in die Verfassung aufgenommen – dies sei eine glaubwürdige Garantie für fiskalische Stabilität.

der Staatsschuldenkrise in Europa etwas Gutes abgewinnen will, dann wohl die Tatsache, dass sie den wirtschaftspolitischen Dialog europäischer Partner – über wirtschaftspolitische Erfolge, aber auch Misserfolge – intensiviert hat. Für den Aufbau einer europäischen Wirtschafts- und Finanzverfassung, im Sinne einer Stabilitätsunion, ist das eine notwendige Voraussetzung. Stabilitätskultur ist nicht allein eine Frage guter institutioneller Rahmenbedingungen und Anreize, sie ist auch eine Frage der politischen Debatte.

*„Die Konrad-Adenauer-Stiftung setzt sich seit vielen Jahren für den europäischen Integrationsprozess ein. Dieses Engagement für Europa halten wir, gerade in einer Zeit schwierigster Herausforderungen, aufrecht.“*  
 Matthias Schäfer, Fachkonferenz „Stabilitätskultur“, Konrad-Adenauer-Stiftung, 27.02.2012

### **STABILITÄTSKULTUR: EINE ÖKONOMISCHE WIE POLITISCHE DIMENSION**

Man spricht von Stabilitätskultur, wenn der Solidität der Staatsfinanzen im wirtschaftspolitischen Prozess Bedeutung beigemessen wird und politische Weichenstellungen erfolgen, um die Wettbewerbsfähigkeit des Landes aufrechtzuerhalten oder zu stärken. Die Etablierung einer Stabilitätskultur ist aber keine exklusive Angelegenheit der Politik oder des öffentlichen Sektors. Maßgeblich wird eine solche Wirtschaftskultur auch durch den privaten Sektor getragen, indem Unternehmer, Verbraucher und auch Wähler die dahinterstehenden politischen Vorstellungen unterstützen. Einige Parameter geben Aufschluss darüber, ob eine stabilitätsorientierte Wirtschaftskultur „gelebt wird“. Dazu gehören die Höhe der Spar- und Investitionsquote, die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, aber auch die Erwartung an die Regierung, dass die Staatsfinanzen stabil bleiben und weder Inflation noch Währungsabwertung hingenommen werden um wirtschafts- oder sozialpolitische Ziele (Erwerbstätigkeit, Wachstum) zu erreichen.

### **SOLIDE STAATSFINANZEN – WAS HEISST DAS GENAU?**

Öffentliche Haushalte, die nicht nachhaltig geführt werden, hinterlassen bei den Unternehmen den Eindruck, die Steuerbelastung werde in der Zukunft steigen. Die Erfahrung zeigt, dass im Rahmen einer finanziellen Konsolidierung in der Regel auch die Steuern erhöht werden. Unternehmen beziehen des-

halb die finanzpolitische Solidität eines Landes in ihre Standortentscheidung ein. Solche Standorte haben deshalb im globalen Wettbewerb um die Ansiedlung von Unternehmen einen Vorteil. Unsolide öffentliche Finanzen belasten nicht nur das Investitionsklima, sie schränken auch die staatlichen Handlungsmöglichkeiten ein und führen generell zu Unsicherheit – mit Folgen für die Wirtschaft, Investitionen und das Wachstum.

Als Maßstab für eine nachhaltige Haushaltspolitik könnte eine konstante Schuldenquote auf niedrigem Niveau herangezogen werden. Dies ist auch die Grundlage des „fiscal sustainability“-Indikators der OECD. Er bewertet eine gegebene Finanzpolitik als nachhaltig, wenn deren langfristige Beibehaltung zur Folge hat, dass die Schuldenquote am Anfang und Ende eines Betrachtungszeitraumes gleich ist. Typischerweise legt die OECD hier einen sehr langfristigen Betrachtungszeitraum zugrunde.

Die Forderung nach einer konstanten Schuldenquote beantwortet aber noch nicht die Frage, wie hoch diese sein soll. Eine hohe Schuldenquote bedeutet auf jeden Fall eine hohe Belastung der öffentlichen Haushalte durch Zinszahlungen, was den Gestaltungsspielraum der Politik einengt. Auf der anderen Seite macht eine zu starke Rückführung der Schuldenquote Zukunftsinvestitionen unmöglich und birgt konjunkturelle Gefahren. Daher sollen die Schuldenquoten maßvoll zurückgeführt und auf niedrigem Niveau gehalten werden. Als erstes Etappenziel ist in allen Mitgliedstaaten der EU wieder eine Schuldenquote von 60% – wie im Stabilitäts- und Wachstumspakt gefordert – anzustreben.



Jürgen Matthes (Institut der deutschen Wirtschaft, Köln)

*Idealerweise wird eine nachhaltige Finanzpolitik sich auf mittelfristige Haushaltsziele, die eine konstante Schuldenquote anstrebt, festlegen und diese auch durchsetzen. Das Problem einer mittelfristig angelegten Fiskalpolitik ist jedoch: Sie ist schwer zu realisieren in einem politischen System, das immer auch Wahlzyklen unterliegt. Der Anreiz, vor Wahlen von einer nachhaltigen Fiskalpolitik abzuweichen, ist groß. Daher ist es wünschenswert, solide Staatsfinanzen institutionell abzusichern. Auf europäischer Ebene sollen der Stabilitäts- und Wachstumspakt und das Europäische Semester dabei helfen. Der im Januar 2012 beschlossene Fiskalpakt soll darüber hinaus sicherstellen, dass europaweit nationale Schuldenbremsen verfassungsmäßig verankert werden. Die deutsche Schuldenbremse kann dafür ein Vorbild sein.*

#### **WETTBEWERBSFÄHIGE MITGLIEDSTAATEN – WAS HEISST DAS GENAU?**

*Internationale Wettbewerbsfähigkeit kann einem Land zunächst dann bescheinigt werden, wenn Unternehmen ihre Produkte auf internationalen Märkten zu Preisen absetzen können, die die entstandenen Kosten decken und zudem noch eine angemessene Rendite erbringen. Der Begriff der internationalen Wettbewerbsfähigkeit ist dabei unternehmensbezogen zu interpretieren und zielt darauf ab, dass das Unternehmen bekannte Produkte effizienter erzeugt (Economies of Scale) oder durch neue Produkte, sowie durch die Differenzierung am Markt eingeführter Produkte, die Wünsche der Verbraucher besser befriedigt.*

*Aber die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen wird auch von der Standortqualität des Landes – seinen politischen wie institutionellen Rahmenbedingungen, in dem sich die Unternehmen ansiedeln – bestimmt. Hierzu zählen alle Maßnahmen, mit denen die Wirtschaftspolitik auf die Attraktivität eines Industriestandortes Einfluss nimmt und die sich auf die Kosten- und Erlösseite eines international tätigen Unternehmens auswirken: Die Geld- und Währungspolitik (in der Eurozone verantwortet durch die Europäische Zentralbank) sowie ihre Orientierung an dem Ziel der Preisniveaustabilität, die Wettbewerbs- und Handelspolitik, die Sozial-, Tarif-, Umweltschutz-, Energie-, Bildungs-, Industrie- und Steuerpolitik, sowie der Ausbau und Zustand der Verkehrs- und Kommunikationswege (Infrastruktur).*

*Insofern spielen unternehmensabhängige wie unternehmensunabhängige Größen eine wichtige Rolle für die internationale Wettbewerbsfähigkeit eines Landes und eröffnen Spielräume für politische Reformen.*

#### *Literaturhinweise:*

*Michel Porter; The Competitive Advantage of Nations (London 1990)*

*OECD; Restoring Fiscal Stability – Lessons for the public sector (Paris 2010)*



## AUSGEWÄHLTE PUBLIKATIONEN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG ZU DIESEM THEMA

- Der Euro – Währung für Europa  
Wie ist die Bilanz der Gemeinschaftswährung zu beurteilen?  
Sankt Augustin/Berlin, 2012  
[www.kas.de/wf/de/33.29899/](http://www.kas.de/wf/de/33.29899/)
- The Euro – Currency for Europe  
Striking a balance of the Single Currency  
Sankt Augustin/Berlin, 2012  
[www.kas.de/wf/en/33.29899/](http://www.kas.de/wf/en/33.29899/)
- Fragen und Antworten zur Eurokrise (nur online)  
Entwicklungen und Reformmaßnahmen seit der Griechenland-Krise,  
Sankt Augustin/Berlin, 2012  
[www.kas.de/wf/de/33.30726/](http://www.kas.de/wf/de/33.30726/)

[www.kas.de/publikationen](http://www.kas.de/publikationen)

### SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT – GARANT FÜR WIRTSCHAFTLICHEN ERFOLG UND SOZIALE STABILITÄT

*In diesem Internet-Portal stellt die KAS Grundlagen des Wirtschafts- und Gesellschaftskonzepts der Sozialen Marktwirtschaft vor, erläutert Hintergründe der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise, gibt Antworten auf wichtige Fragen und bietet weiterführende Informationen zum Thema. Aktuelle Berichte aus den weltweiten Aktivitäten der Stiftung finden sich dort ebenso wie Hinweise auf Veranstaltungen und Publikationen. Programatische Texte, eine Dokumentation der Erfolgsgeschichte der Sozialen Marktwirtschaft, Videoclips und Kontakte zu den Experten der KAS vervollständigen das Angebot.*

[www.kas.de/soziale-marktwirtschaft](http://www.kas.de/soziale-marktwirtschaft)



Konrad  
Adenauer  
Stiftung

#### Herausgeber

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.,  
Sankt Augustin/Berlin

#### Text und Redaktion

Matthias Schäfer, David Gregosz

#### Fotos

Christian Echle

*Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt, mit Ausnahme der frei zugänglichen Fotos. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch elektronische Systeme.*

© 2012

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ISBN 978-3-942775-85-4

[www.kas.de](http://www.kas.de)